

---

## Rechtsprechung

### Seite

(verlinkt mit Anlagen)

1. Unfall im Zusammenhang mit einer stationären medizinischen Rehabilitation – Sturz nach einem abendlichen Gaststättenbesuch mit Mitpatienten – operativ versorgte Mittelgliedbasisfraktur am Ringfinger – Empfehlung der Klinik zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten – kein Arbeitsunfall – kein Zusammenhang mit versicherter Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 15a SGB VII – keine Mitwirkungspflicht der Verunfallten am Gaststättenbesuch – zufällig gebildete Teilnehmergruppe – Eigeninitiative der Teilnehmenden – kein Einfluss der Klinik darauf – Gaststättenbesuche gehören inhaltlich nicht in eine Therapiemaßnahme – Freizeitaktivität – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 23.03.2018 – L 8 U 3286/17 – DOK 311.151:374.287 [616 - 628](#)
2. Streitiger Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 17 SGB VII – Pflege des Vaters – Absaugen von Lungenflüssigkeit – Gang zum Haustüröffnen – dabei Sturz auf die Schulter – Arbeitsunfall anerkannt – Haustüröffnen für Sanitätshausmitarbeiter – Tätigkeit fällt unter § 14 Abs. 4 Nr. 4 SGB XI – hauswirtschaftliche Versorgung des zu Pflegenden: hier Einkaufen – unerheblich, ob Ware nach Hause bestellt oder im Sanitätshaus eingekauft wird – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 21.06.2018 – L 6 U 106/16 – DOK 311.17:374.284 [629 - 635](#)
3. Verfahren gem. § 44 SGB X – BK-Report 1/2014 „Aromatische Amine“ – zwar nur kurzzeitige Exposition, aber niedriges Alter für Auftreten des Blasenkrebses – (mäßiger) Zigarettenkonsum als Faktor, der die berufliche Exposition verstärkt hat – Anerkennung einer BK Nr. 1301 – Urteil des Hessischen LSG vom 19.06.2018 – L 3 U 129/13 – DOK 376.3-1301 [636 - 655](#)
4. Sturz einer Schülerin aus einem Eilzug – Hirnschäden und Verlust des Unterarms – Gewährung von Kleider- und Wäschemehrverschleiß – Übergang der Ansprüche aus §§ 823, 843 BGB auf den UVT – § 116 SGB X – Gericht an Bescheid des UVT über Gewährung von Kleider- und Wäschemehrverschleiß gebunden – § 118 SGB X – deshalb keine Entscheidung mehr des Gerichts über die haftungsausfüllende Kausalität – Urteil des LG Frankfurt vom 05.09.2018 – 2-01 S 260/17 – DOK 413.7:750.0:753.3 [656 – 660](#)

5. Rechtmäßigkeit eines Beitragsbescheides – 5 % Zuschlag ist satzungskonform erhoben worden – kein Verstoß der Satzung gegen höherrangiges Recht – insbesondere kein Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz – Rückwirkungsverbot hier nicht verletzt – wegen abweichender Bewertung eines vergleichbaren Sachverhalts durch das LSG-Baden-Württemberg Revision zum BSG – Urteil des Bayerischen LSG vom 28.02.2018 – L 2 U 200/15 – DOK 531:533.1 [661 - 685](#)

#### Literatur

6. Arbeitsunfall – Anforderungen an Sachverständige – Zusammenhangsgutachten – Bedeutung jüngerer Rechtsprechung – Tatsachenfeststellung und rechtliche Wertung – medizinisches Fachwissen – Bedeutung des Gesundheitserstschadens – exakte Vorgabe des Unfallhergangs durch Auftraggeber – Schadensanlage und Verschlimmerung von Vorerkrankungen – „generelle Geeignetheit“ – Ermittlung konkurrierender Ursachen – Hinweis auf Aufsatz von Martin Forchert, Zusammenhangsgutachten nach Arbeitsunfällen – Die Aufgaben des Sachverständigen nach der neueren Rechtsprechung des Bundessozialgerichts – DOK 375:412.8 [686](#)
7. Rechtsgrundlagen der beruflichen Wiedereingliederung in Kranken-, Renten- und Unfallversicherung – Krankenstand abhängig von den Arbeitsbedingungen – berufliche Wiedereingliederung als Teil kollektiven Arbeitsrechts – Einbeziehung der Schwerbehindertenvertretung – Kranken- und Verletztengeld – Erwerbsunfähigkeitsrenten – Prävention – österreichisches WETG – zwingende Arbeitszeitreduktion für sechs Monate bei freiwilliger Teilnahme zur beruflichen Wiedereingliederung – Wiedereingliederungsgeld – Hinweis auf Aufsatz von Manfred Glombik, Stufenweise Wiedereingliederung – DOK 424.1 [687](#)